

Weg zu einem Übereinkommen darstellen sollten, zumal die Westmächte selbst in ihren Vorschlägen bestimmte Fristen für die Durchführung der Deutschland betreffenden Maßnahmen genannt haben.

An Stelle sachlicher Erörterungen beharren die Westmächte weiterhin auf der Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin. Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion werden sich nicht bereit finden, die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin für unbegrenzte Zeit zu sanktionieren. Sie sind entschlossen, alle erforderlichen Maßnahmen für die schnellste Beseitigung der anomalen Lage in Westberlin, die eine Bedrohung des Friedens in Europa heraufbeschworen hat, zu treffen.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betonen, die große Bedeutung, die sie einer Gipfelkonferenz für die friedliche Regelung der brennendsten internationalen Probleme einschließlich des Friedensvertrages mit Deutschland und der Westberlinfrage beimessen.

An der Einberufung einer solchen Konferenz sind alle Regierungen interessiert, die für die friedliche Koexistenz der Staaten mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Systemen eintreten. Wenn sich die Regierungschefs von den Interessen der Sicherung des Friedens leiten lassen, können sie bei ihrer Beratung viele Fragen zugunsten des Friedens, zum Wohle aller Völker lösen.

Es wurden auch andere internationale Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert. Die Delegationen beider Länder verurteilen die Handlungen der Teilnehmerstaaten des aggressiven NATO-Blocks, die auf die beschleunigte Schaffung von amerikanischen Raketen- und Atombasen auf den Territorien Italiens und Griechenlands gerichtet sind. Beide Seiten unterstreichen, daß zu den dringlichsten und unaufschiebbaren Fragen die Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche gehört. Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt voll und ganz die Vorschläge der Sowjetunion zur sofortigen und völligen Einstellung der Kernwaffenversuche.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik teilt die Auffassung, daß die Verzögerung einer Lösung dieser Frage, die Millionen Menschen auf der Erde bewegt, unzulässig ist.

Im Verlaufe des Meinungsaustauschs lenkten beide Seiten ihre Aufmerksamkeit auf die Versuche des NATO-Kommandos, die Ostsee in ein Aufmarschgebiet der Seestreitkräfte des aggressiven NATO-Blocks